Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

Rotationsdruck und Verlag: Ingmanns & Koethers, Herne, Bahnhofstr. 71.

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 1.40 monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen viertelj. Mk. 4.20. Postscheckkonto Cöln 26667.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: H. Ingmanns, für den Anzeigenteil: J. Mittsches, Herne. Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 257 — Montag, den 4. November 1918.

Kaiser und Bundesfürsten auf dem Boden des Volksstaates.

Der Kaiser zu den Verfassungsänderungen.

WTB Berlin, 2. Nov. (Amtlich.) Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderung folgenden

Erlaß an den Reichskanzler

gerichtet:

Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt.

Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unverhänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre sind alte Formen zerbrochen, nicht, um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuer Lebensgestaltung Platz zu machen.

Nach den Vollbringungen dieser Zeit hat das Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdankt die jetzt vom Reichstag angenommene und erweiterte Vorlage der verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksregierung mit meinen hohen Verbündeten bei in dem festen Willen, was an Mir liegt an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volk.

So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte frei machen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festen Schritten eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 28. Oktober 1918.

gez.: Max, Prinz von Baden. (ges.) Wilhelm I. R.

WTB Berlin, 3. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt redaktionell: In klarer und deutlicher Sprache bekennt sich der Kaiser durch diesen Erlaß zu der neuen Ordnung im Reiche. Fest und entschlossen tritt er auf den Boden der neuen Sachlage, welche tatsächlich durch die Ausfertigung der neuen Gesetze gegeben ist. So spricht es der Kaiser in seinem Erlaß ausdrücklich und in Worten aus, die im Volke einen lebhaften Widerhall finden werden. Die große Bedeutung der Verfassungsänderungen erklärt es, daß der Kaiser seine eigene Stellung zu diesen wichtigen Aenderungen unseres Verfassungslebens gegen jeden Zweifel sichert. Aus seinen Worten spricht die volle Erkenntnis und zugleich die vorbehaltlose Anerkennung der historischen Entwickelung, die Deutschland in diesen Wochen durchgemacht hat. Der Kaiser erinnert aber auch daran, daß die jetzige Entwickelung vorbereitet worden ist. Der erste Regierungsakt, an den dabei gedacht werden muß, ist der Ostererlaß, in der die Entwickelung bereits deutlich erkannt war, in der sich unsere innere Entwickelung fortbewegen müsse. Im Zusammenhang mit jenem Erlaß und mit der Julibotschaft ist von dem Volkskönigtum der Hohenzollern gesprochen worden und es entspricht der Auffassung, in dem alle seine Vorfahren ihres hohen Amtes gewaltet haben, wenn der Kaiser jetzt sagt: das Kaiseramt ist Dienst am Volk." Mit diesem schönen Wort bezeichnet er das Verhältnis, das immerdar zwischen Kaiser und Volk bestehen soll, in prägnanter Kürze. Indem er aber betont, daß von der Person des Kaisers grundlegende Rechte an das Volk übergegangen sind, bringt er ohne Zögern zum Ausdruck, daß wir in Deutschland den Schritt zur Volksregierung gemacht haben, und daß der Kaiser ihn billigt. Im Laufe des Krieges hat der Kaiser wohl keine einzige Kundgebung ergehen lassen, die nicht eine warmherzige Anerkennung der gewaltigen Leistungen enthielt, die unser Volk in diesem Kriege vollbracht hat. Jetzt zieht er hieraus die letzte Folgerung, indem er den Anspruch des deutschen Volkes auf seine neuen Rechte ohne Einschränkung bejaht und für sich und die deutschen Bundesfürsten die Mitwirkung an der neuen Ordnung feierlich zusagt.

Es sind ernste, aber auch erhebende Worte, mit denen der Kaiser aus der schweren Gegenwart in eine Zukunft hinweist, die dem deutschen Volke einen neuen Aufstieg nicht versagen wird. Wir möchten glauben, daß der Erlaß des Kaisers einigend und versöhnend wirken wird. Möge er dazu beitragen, daß Streit und Zwist im Innern verschwinden, und daß alle Kräfte sich auf die Aufgaben richten, die vor uns liegen und die nur ein einiges, fest zusammenhaltendes Volk zu bewältigen vermag.

Die Kaiserfrage.

Seitdem Wilson in seiner Note vom 14. Oktober auch eine Friedensbedingung aus seiner Rede vom 4. Juli d. J. auf dem Hügel Vernon am Grabe Washingtons ausgegraben hat und in seiner Note vom 23. Oktober in Verbindung damit auf „die Macht des Königs von Preußen" hingewiesen hat, die „in der Kontrolle der Reichspolitik noch nicht beschränkt" sei — was nach Einführung und weiterem Ausbau des demokratischen Regierungssystems im deutschen Reiche bekanntlich nicht mehr richtig ist —, gibt es für weite Kreise plötzlich eine Kaiserfrage. Man erinnert sich, daß feindliche und neutrale Interpreten der Wilsonschen Sätze der Meinung Ausdruck verliehen haben, der Präsident der Vereinigten Staaten habe dabei gar nicht im geringsten daran gedacht, eine „Abdankung" des Kaisers oder gar vom deutschen Volke dessen „Absetzung" zu verlangen, sondern lediglich die Feststellung gewünscht, daß es in Deutschland weder ein persönliches noch ein autokratisches Regime gebe, sondern das deutsche Volk tatsächlich jetzt und in Zukunft seine Regierung selbst führe und seine politischen Geschicke in die eigene Hand genommen habe. Diese Feststellung ist Wilson durch die deutschen Antworten vom 21. und 27. Oktober geworden und soll außerdem noch durch eine ausführliche Denkschrift an ihn erhärtet worden sein. Wilson hat sich dadurch für befriedigt erklärt und das durch die Einsetzung der Waffenstillstandsfrage bei seinen Bundesgenossen bestätigt. Für ihn gibt es daher eine „Kaiserfrage" nicht, jedenfalls nicht in dem Sinne, wie man ihn seinen Worten untergelegt hat. Um so mehr muß man sich wundern, daß sie in Deutschland weiter aktuell und in der Presse offen erörtert wird, ja, wenn die von uns registrierten Blättermeldungen den Tatsachen entsprechen, sogar Gegenstand des Meinungsaustausches im Kriegskabinett der Regierung gewesen ist.

Wir können von unserm Standpunkt nicht behaupten, daß uns die Behandlung der Frage des deutschen Volkes und seiner viel gerühmten monarchischen Gesinnung seiner in Zeiten des Glücks und der Macht so oft zum Ausdruck gebrachten Treue zum Kaiserhaus würdig erscheint. Mit der in Friedenszeiten und noch bis in die letzten Wochen eingenommenen Haltung der Mehrheit des Volkes steht das jedenfalls nicht im Einklang und man kann sie nur dann verstehen und rechtfertigen, wenn man annimmt, daß es sich dabei nicht um irgendwelche Gegnerschaft gegen den Kaiser oder um die prinzipielle Stellung zur monarchischen oder republikanischen Staatsform, sondern lediglich darum handelt, ob die furchtbare Lage, in der sich Reich und Volk nach dem jetzt unglücklichen Ausgang des Krieges befinden, durch das Verbleiben Kaiser Wilhelms oder durch seinen freiwilligen Rücktritt sich erleichtern würde. Das ist aber nicht der Fall; das zu entscheiden würde Sache des Kaisers selbst und seiner dem Volke verantwortlichen Ratgeber in der neuen Regierung, sein. Ihnen kann man diese Entscheidung mit Ruhe anvertrauen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß der Kaiser, sollte er zu dieser Erkenntnis kommen, keinen Augenblick zögern würde, den Schritt, der ihm für das Wohl des Volkes und die Zukunft des deutschen Reiches als notwendig und ersprießlich erscheint, aus eigener Initiative zu tun. Im Interesse des Ganzen aber muß man wünschen, daß, nachdem einmal die „Kaiserfrage" aufgeworfen ist, möglichst schnell eine Klärung eintritt, die den dicken Stimmungsnebel, der sich gebildet hat, zerstreut.

Betrachten wir die „Kaiserfrage" auf Grund der bisherigen Erörterungen rein sachlich, dann darf man zunächst wohl als ziemlich unbestritten hinnehmen, daß das feindliche Ausland zum Teil eine „Abdankung" des Kaisers wünscht, weil es in ihm die Verkörperung der deutschen Einheit und Macht erblickt, die zu zerstören es trachtet, um dann um so unbeschränkter seine eigene Macht entfalten zu können und zwar nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete. In der Tat würde denn auch eine Auflösung des Kaisertums die deutsche Einheit katastrophal vernichten und das deutsche Volk wieder in die Kleinstaaterei mit all ihren politischen und wirtschaftlichen Schäden zurückwerfen, aus der wir uns nach Jahrzehnte langen Ringen 1870 heraus-

Die deutschen Tagesberichte.

Der Bericht von Samstag.

WTB Großes Hauptquartier, 2. November 1918 Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Lys-Front ist die Lage unverändert. Bei den letzten Kämpfen zeichneten sich hier das bayrische Infanterieregiment Nr. 11 und das Reserve-Infanterieregiment Nr. 13 besonders aus. Südlich von Deinze haben wir uns weiteren Angriffen durch Ausweichen hinter die Schelde entzogen. Die Bewegungen wurden während der Nacht vom Gegner unbemerkt durchgeführt. Nach starkem Feuer gegen die geräumten Linien folgte der Feind und stand am Abend östlich von Deinze und westlich der Schelde in Gefechtsfühlung mit unseren Vorposten. Starke Angriffe der Engländer südlich von Valenciennes. Bei Aulnoy drang der Feind in unsere Linie ein und stieß bis an den Südrand von Valenciennes auf Saultain und über Proeleau hinaus vor. Der von eigenen Panzerwagen und von Batterien des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 71 besonders wirksam unterstützte Gegenangriff badischer Regimenter im Verein mit örtlichen Kampftruppen brachte uns wieder in den Besitz der Höhen südwestlich von Saultain und des Ortes Preseau. Versuche des Feindes, am Nachmittag in umfassendem Ansturm von Westen über die Scheide und von Süden her Valenciennes zu nehmen, scheiterten, in der Nacht haben wir die Stadt ungestört vom Gegner geräumt.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Gewaltige Artillerieschlacht leitete die Angriffe ein, die der Franzose und Amerikaner zur Oeffnung der Aisne-Front und zwischen den Argonnen und der Maas führten. Auf den Höhen westlich der Aisne zwischen La Selve und Herpy sind die Angriffe des Feindes gescheitert. Unsere Truppen haben wieder in schwerem Kampf einen vollen Erfolg über die Franzosen errungen. Oestlich von La Selve konnte der Gegner in dem wirksamen Feuer bayrischer Truppen nirgends unsere Linien erreichen. Auch brandenburgische Regimenter bei und westlich von Klein-Quentin schlugen den Feind vor ihren Linien ab. Bei Banogne trug das bewährte Infanterieregiment Nr. 93 die Hauptlast des Kampfes. In hartem Nahkampf warf es auch gestern wieder den Feind zurück. Oestlich von Recouvrance schlugen pommersche, posensche und schlesische Regimenter den Feind vor ihren Linien ab. Auf den Höhen nordwestlich von Chateau Porcien haben die bewährten Regimenter der 17. Infanterie- und 50. Reservedivision auch gestern ihre Stellungen gegen schwere Angriffe behauptet. Tatkräftiges Handeln des Oberleutnants von Below vom Grenadierregiment Nr. 98 war für den Ausgang der Kämpfe von entscheidendem Einfluß. Die Höhe südwestlich von Fergeux wechselte mehrfach den Besitzer, nach erfolgreichem Gegenangriff blieb sie in unserer Hand. Beiderseits von Rethel stieß der Feind bei Nanteuil und Ambly vorübergehend auf das Nordufer der Aisne vor. Gegenstöße warfen ihn auf das südliche Flußufer zurück.

Mit starken Kräften griff der Feind in breiter Front beiderseits von Vouziers sowie der Aisne und nördlich von Grandpre an. Bei Rilly nahmen wir unsere Vorposten auf das Nordufer der Aisne zurück. Bei Voncq stieß der Feind über die Aisne auf die Höhen auf dem östlichen Flußufer vor. Versuche des Gegners, den Durchbruch auf Le Chesne zu erzwingen, scheiterten. Wir brachten ihn bei Neuville und Day und bei Terron an der Aisne zum Stehen. Beiderseits von Vouziers teilweise sechsmal wiederholte Anstürme des Gegners scheiterten meist schon vor unseren Linien. Oestlich von Vandro wurde der Feind im Gegenstoß wieder zurückgeworfen. In Fallaise war der Feind an der Aisne gefaßt. Zwischen der Aisne und Grandpre wiesen wir die feindlichen Angriffe vor unseren Linien ab. Der Franzose hat somit auch auf dieser Angriffsfront trotz starkem Kräfteeinsatz nur bei Voncq und Fallaise unbedeutenden Geländegewinn erzielen können. Auf der 10 Kilometer breiten Angriffsfront zwischen Terron und Fallaise war am Abend unsere Linie wieder voll in unserer Hand. An der erfolgreichen Abwehr des Feindes haben Württemberger und Bayern, Regimenter der Garde, aus Hannover und Westfalen, thüringische und lothringische Regimenter sowie Maschinengewehr- und Scharfschützenabteilungen gleichen Anteil. Das Infanterieregiment Nr. 827 unter Oberstleutnant Schwab zeichnete sich besonders aus. Auch die seit Wochen angespannt tätigen Kraftfahrtruppen trugen durch rechtzeitiges Herbeiführen der Reserven zum erfolgreichen Ausgang der gestrigen Schlacht bei.

Zwischen der Aire und Maas gelang es den in schmalen Angriffsstreifen angesetzten amerikanischen Divisionen in unsere Stellungen zwischen Champigneulle und Aincreville einzudringen und beiderseits von Bayonville über unsere Artillerielinie hinaus Boden zu gewinnen. Versuche des Gegners, von Bayonville aus unsere Front in Richtung auf Theronganes und auf Stenay aufzurollen, wurden vereitelt. Mit Einbruch der Dunkelheit kam der Kampf in der Linie Champigneulle-Sivry—östlich von Busancy—südwestlich von Villers Dvant Dun — nordöstlich von Aincreville zum Stehen.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.

Der Bericht von Sonntag.

WTB Großes Hauptquartier, 3. Nov. 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nahmen wir die an der Lys stehenden Truppen im Anschluß an unsere neue Front an der Schelde bei Gent zurück. Gestern bestand hier keine Gefechtsfühlung mit dem Feinde. Nordöstlich von Oudenaarde und bei Tournai wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Bei und südlich Valenciennes setzte der Engländer seine heftigen Angriffe fort. In Vormittagskämpfen drückte er uns auf Saultain und setzte sich wieder in Preseau fest. Villers Pol wurde gegen mehrfache Angriffe gehalten. Erneute am Nachmittage östlich von Valenciennes geführte Angriffe scheiterten. Das Infanterieregiment Nr. 24 unter den Hauptleuten von Brandis und Haupt und Batterien des Feldartillerie-Regiments Nr. 4 zeichneten sich besonders aus. Westlich von Landrecies wiesen wir Teilangriffe des Gegners ab. Wo der Feind eindrang, warfen ihn Radfahrertruppen wieder hinaus.

Heeresgruppen deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Westlich von Guise blieb ein Teilangriff des Gegners ohne Erfolg.

Der Franzose hat nach den schweren Verlusten, die er in der Schlacht am 1. November an den Aisne-Fronten erlitt, gestern seine großen Angriffe nicht mehr fortgesetzt. Er beschränkte sich auf Teilangriffe östlich von Bayonne, bei Neuville et Day und Terron, die wir teils im Gegenstoß abwiesen.

Der Einbruch der Amerikaner westlich der Maas veranlaßte uns, die Front zwischen der Aisne und Champigneulle zurückzunehmen. In Linie Quatre Champs—Buzanny entwickelten sich gestern Vorfeldkämpfe. Westlich der Maas setzte der Amerikaner seine Angriffe fort. Sie haben bei Tailly und über Villers Devant Dun etwas Boden gewonnen. Im übrigen wurden sie abgewiesen.

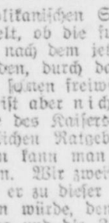
Heftige Vorfeldkämpfe westlich der Mosel.

Leutnant Buckler errang seinen 35. Luftsieg.

Abendbericht.

WTB Berlin, 3. Nov., abends. (Amtlich.) Vorfeldkämpfe vor unseren neuen Linien zwischen der Aisne und der Maas. — An den übrigen Fronten keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Groener.



Der Appell an die Pflicht gegenüber dem Vaterlande hat im deutschen Volk stets dann den stärksten Widerhall gefunden, wenn die Not am größten war.

Hört auf die Stimme der Vaterlandsliebe: Kriegsanleihe zeichnen!

gearbeitet haben. Wer die Geschichte des vorigen Jahrhunderts in unserm Vaterlande kennt, weiß, wie schwer die einzelnen Kleinstaaten politisch, mehr aber noch wirtschaftlich gelitten haben. Ihr Elend hörte erst auf, als sie sich zu dem großen Bundesstaat vereinigten, der das deutsche Reich wieder erstehen ließ. Erst seit jenem Tage, der in den allen Staaten gemeinsamen großen politischen Fragen eine einheitliche Lösung brachte, der die wirtschaftlichen, chikanösen Schranken der Einzelstaaten abriß, das Wirtschaftsleben nach großen Gesichtspunkten und einem einheitlichen System regelte und dadurch den gewaltigen Aufschwung unseres Volkes in Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr herbeiführte, der endlich die Grundlegung und den großartigen Ausbau unserer Sozialpolitik ermöglichte, wir sagen, erst seit jener Zeit ist Deutschland, ist das deutsche Volk geworden, was es heute ist. Welcher politisch, wirtschaftlich und sozial klar denkende Deutsche möchte wohl sein Vaterland wieder in die Zeiten der politischen und wirtschaftlichen Wirren, Intriguen und Schikanen zurückwünschen, wie sie in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts den deutschen Volksstämmen die Lebensader unterbanden? Wie könnte unsere sozialpolitische Gesetzgebung, besonders mit ihrem Milliardenkapital für die verschiedenen Versicherungszweige, fortgeführt werden, wenn Deutschland wieder in seine Bestandteile zerfallen würde? Wie sollte es den Kleinstaaten, die doch an Größe und Bevölkerungszahl, an wirtschaftlichen Grundbedingungen für den Erwerb ihrer Bürger und deren Wohlstand und an manchen andern wichtigen Staatsnotwendigkeiten so verschieden voneinander sind, möglich sein, die Riesenschäden wieder gut zu machen, die der Krieg mannigfaltig verursacht hat, während das in einem großen gemeinsamen Bundesstaatswesen, in dem der Ausgleich der Lasten und ihre gerechte Verteilung, nach der Leistungsfähigkeit möglich ist, viel erträglicher durchführbar ist? Wie würde das den kleinen Staaten schwer werden, wenn sie nicht vom Ueberfluß der großen und reichen mitbekommen. Wir können uns davon ein Bild machen, wenn wir jetzt auf Oesterreich-Ungarn schauen, das sich in seine Bestandteile aufgelöst hat, von denen jeder nun allein für sich die Lasten des Krieges tragen muß. Alles das spricht nicht für die Auflösung des deutschen Reiches durch Beseitigung des Kaisertums.

Nun könnte man aber sagen, genau dasselbe, was wir dem Kaisertum verdanken, können wir auch von einer Republik haben. Gewiß ließe sich das Problem denken, die deutschen Staaten, vielleicht einschließlich Deutsch-Oesterreichs, zu einer Art Vereinigten Staaten nach dem Muster von Nordamerika umzugestalten. Dann aber müßten zunächst alle Bundesstaaten, die außer den drei Hansestädten monarchische Staatsform haben, in Republiken umgewandelt werden; denn Einzelstaaten unter monarchischer Staatsform könnte es unter einem Präsidenten einer deutschen Republik nicht geben. Eine solche wäre aber auch der Eigenart des Deutschen Reiches nicht entsprechend. Es ist kein einheitliches Ganzes wie etwa Frankreich, es ist kein Neuland, dessen Staaten keine traditionelle Vergangenheit haben, wie die der nordamerikanischen Union, sondern in ihm sind Volksstämme zusammengeschlossen, die eine Jahrhunderte alte Tradition haben und eine scharf ausgeprägte Eigenart besitzen, die sie als Gebilde erscheinen lassen, die einander in ihrem Charakter sehr abweichen und zur Gemeinsamkeitspolitik nur unter dem Kaisertum gewonnen werden konnten, in dem die völkischen Eigenarten und Rechte unangetastet blieben. Sobald dieses aber verschwindet, werden die geschlossenen Banden gelöst, es wird schwer sein, von den Einzelstaaten Opfer für das große deutsche Ganze zu verlangen; sie werden dann schon ohnehin als Kleinstaaten den Großmächten gegenüber wirtschaftlich in eine sehr schwierige Lage geraten, ganz abgesehen davon, daß mancher der deutschen Bundesstaaten nicht gewillt sein wird, sich einer deutschen Republik anzuschließen, da er an seiner monarchischen Staatsform festhalten wird. Aus diesem Gedankengang heraus kommt man zu dem Schluß, daß die von unsern Großvätern ersehnte und von unsern Vätern geschaffene Einheit des deutschen Volkes, soll sie von Dauer und Nutzen sein, nur mit dem Kaiser möglich ist.

Das alles sind nüchterne, realpolitische Erwägungen. Sie allein sollten in der „Kaiserfrage" entscheiden, nicht Gemüts- oder Gefühls- oder gar Parteipolitik. Gewiß hat unser Kaiser manchen politischen Gegner, auch braucht man keineswegs mit all seinen Reden und Taten einverstanden zu sein — der Kaiser ist halt auch nur ein Mensch —, aber eins steht doch fest, daß er das Beste gewollt hat und das deutsche Volk glücklich und mächtig zu machen beabsichtigte. Das hat ihm das Volk immer gedankt, das sollte es auch heute nicht vergessen. Wer sind es denn, die jetzt die „Kaiserfrage" betreiben? In der Hauptsache sind es die Sozialdemokraten und ein Teil der Fortschrittlichen Volkspartei, d. h. wesentlich ihr süddeutscher Flügel. Die Sozialdemokratie folgt dabei nur ihren politischen Grundsätzen, ihrer politischen Weltanschauung. Ihr muß man es zugute halten, wenn sie in dieser Zeit der straffen Umwälzungen und Neuordnungen auch an die Verwirklichung dieses ihres Lieblingsgedankens denkt. Wir nehmen aber an, daß sie daraus keine Kabinettsfrage machen wird, da sie doch selbst verlangt, daß die Minderheit, die die demokratische Umwälzung von einem Obrigkeits- in einen Volksstaat in Deutschland nicht gern sieht, sich mit dieser Neuordnung abfindet und ihr keine Schwierigkeiten macht. In der „Kaiserfrage" ist sie aber die Minderheit, auch wenn ein Teil der Fortschrittler mit ihr hofft. Die Mehrheit hält unentwegt am deutschen Kaisertum fest. Das ist der Standpunkt der Zentrumspartei, wie er in zahlreichen Kundgebungen der letzten Tage klar zum Ausdruck gebracht worden ist, wie ihn Unterstaatssekretär Abg. Giesberts am ersten Novembersonntag noch in einer Versammlung in Essen unter dem Beifall der Teilnehmer präzisiert hat; das ist der Standpunkt der Nationalliberalen, deren Fraktion in einer Sitzung, an der auch Staatsminister Dr. Friedberg als Vertreter des Kriegskabinetts teilgenommen hat, einmütig bekundet hat, daß das Kaisertum der Hohenzollerndynastie als tatkräftiges Symbol der deutschen Einheit erhalten bleiben müsse, da sonst der Zerfall des Deutschen Reiches unaufhaltsam sein würde, was wieder die Verelendung des deutschen Volkes zur Folge haben müßte. Das ist — von den Parteien konservativer Richtung, die

ganz selbstverständlich auf demselben Boden stehen, als gegeben — auch Ansicht der Mehrheit der Fortschrittlichen Volkspartei und nicht zuletzt der Mehrheit der neuen Regierung, in der nur die Staatssekretäre Scheidemann und Haußmann anderer Ansicht sind. Nicht vergessen werden darf die Kundgebung der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, die sich auf die Seite des Kaisers gestellt hat. In ihrem dieser Tage mitgeteilten Telegramm an ihn heißt es wörtlich: „Unabhängig von Gunst und Ungunst der Verhältnisse in Glück und Unglück standen und stehen wir in Treue zu Eurer Majestät."

Welcher Deutsche, möge er sich zu einer Parteirichtung wie immer bekennen, würde es wünschen können, daß wir den stolzen Einheitsbau des Deutschen Reiches, dessen Symbol das Kaisertum ist, dieses kostbare Erbgut unserer Väter, für das sie gelitten und gestritten haben um unsertwillen, diese Quelle des Segens für uns und unsere Volkswirtschaft nach innen und nach außen, auseinanderfallen lieben zu der Kleinstaaterei von ehedem, bestenfalls zu dem Elend des deutschen Bundes aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts? Mit einem solchen Instrument der Schwäche wäre weder uns, noch dem Ausland gedient, noch dem Frieden gedient. Wir meinen daher, daß die „Kaiserfrage", die nicht von innen heraus bei uns entstanden ist, nunmehr gänzlich wieder von der Tagesordnung verschwinden muß. Für die Mehrheit des deutschen Volkes kann es diese Frage nicht geben, zumal heute nicht mehr, nachdem wir das Deutsche Reich in einen Volksstaat umgewandelt haben und der Kaiser sich rückhaltlos und gern auf dem Boden der Neuordnung gestellt hat, wie sein oben mitgeteilter Erlaß an den Reichskanzler, der ein politisch-historisches Dokument höchster Bedeutung ist, mit aller Deutlichkeit dartut.

Die Waffenstillstandsfrage.

Die Verbandsberatungen.

* **Genf**, 2. Nov. An den Beratungen der interalliierten Konferenz in Paris über das Waffenstillstandsangebot nehmen sämtliche Ministerpräsidenten, sowie die militärischen und Marinevertreter teil. Außer dem Obersten House sind in Paris eingetroffen: Lloyd George, Orlando, Balfour, Lord Milner, Sir Eric Geddes, Sonnino, Pasitsch, Venizelos und eine Anzahl hervorragender militärischer Führer. Am Mittwoch hat im Pariser Marineministerium ein interalliierter Marinerat stattgefunden. An den Besprechungen nahmen Vertreter Englands, der Vereinigten Staaten, Spaniens und Frankreichs teil.

bb **Genf**, 2. Nov. Die Pariser Ententekonferenz hat, wie Clemenceaus Pressebüro laut „Berl. Lok.-Anz." mitteilt, alle Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland und Oesterreich fertig gestellt und zugleich einen Plan entworfen, der nach etwaiger Ablehnung ausgeführt werden soll.

Foch — Führer der Verhandlungen.

* **Haag**, 2. Nov. Wie die „Times" meldet, haben die alliierten Heeresleitungen den General Foch zur Führung der Verhandlungen über einen Waffenstillstand und zu deren Abschluß ermächtigt.

Ein zweiter Vertreter Amerikas.

* **Zürich**, 2. Nov. An den Besprechungen der Verbandsregierungen über die Bedingungen eines Waffenstillstandes wird außer dem Obersten House auch Sir William Wiseman als zweiter Vertreter der Vereinigten Staaten in Paris eintreffen. In verschiedenen Kreisen hält man seiner Ankunft besondere Bedeutung fest.

Die Machenschaften französischer Kriegstreiber.

* **Genf**, 2. Nov. Die „Humanité" bringt die Enthüllung, der Feldzug gegen den Frieden und speziell gegen die Friedenskundgebung Wilsons sei das Werk zweier großer Verbände französischer Vereine, welche Clemenceau nahe stehen und aus einem Gebetbuchfonds gespeist werden.

Für die Waffenstillstandsbedingungen.

bb **Berlin**, 2. Nov. Wie die „Tägl. Rundschau" zu berichten weiß, hat am Mittwoch nachmittag im Hotel Adlon eine vertrauliche Besprechung von Männern aus Kreisen aus Handel und Industrie, hauptsächlich aber aus Bankkreisen, stattgefunden, die unter dem Vorsitz eines Direktors der Deutschen Bank abgehalten wurde.

„Sie beschäftigte sich — so schreibt das illustrierte Blatt — mit der politischen Lage und es wurde schließlich eine Entschließung gutgeheißen, die als Eingabe den zuständigen amtlichen Stellen übermittelt werden sollte, ebenfalls auch inzwischen bereits dem Kriegskabinett zur Kenntnis gebracht worden ist. Darin heißt es, daß sich die Teilnehmer zu den innerpolitischen Maßnahmen bekennen, die inzwischen getroffen worden sind, und daß sie geschlossen hinter der Regierung stehen. Das Wesentliche aber der Entschließung ist, daß sich in ihr die Teilnehmer von vornherein zu den Waffenstillstandsbedingungen der Entente bekennen und daß die Resolution gegen diejenigen polemisiert, die von einer Fortsetzung des Kampfes eine Besserung unserer Lage auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse glauben erhoffen zu können. Die Entschließung verlangt deswegen, daß baldigst alle Maßnahmen getroffen werden, die den ehrlichen Abschluß des Friedens erleichtern, selbst wenn er von uns Opfer erfordere."

Die Umwälzung in Oesterreich-Ungarn.

Aufruf des deutsch-österreichischen Staatsrats.

WTB **Wien**, 2. Nov. Der deutsch-österreichische Staatsrat richtet an das deutsche Volk Oesterreichs einen Aufruf, in dem er die Verwirklichung des proklamierten Grundgesetzes des neuen deutsch-österreichischen Staates, sowie die Wahl des Staatsrates mitteilt, der nunmehr die Regierungs- und Vollzugsgewalt in Deutsch-Oesterreich übernimmt. Der Staatsrat wird unverzüglich die erste deutsch-österreichische Regierung einsetzen, die die Friedenshandlungen führen, die Verwaltung der deutschen Gebiete Oesterreichs und die Verteidigung über die deutschen Truppen übernehmen wird. Damit ist dem einmütigen Willen des deutschen Volkes entsprochen, der deutsch-österreichische Staat soll loyalster Mitarbeiter sowohl der Nationalen Minderheiten in den deutschen Gebieten vollen Schutz gewähren und erwartet, daß die nationalen Regierungen der anderen Nationen den gleichen Schutz auch den deutschen Minderheiten in den slawischen Gebieten gewähren werden.

Entwaffnung der deutsch-österreichischen Soldaten in Böhmen und Mähren.

* **Prag**, 2. Nov. In den tschechischen Städten Böhmens und Mährens entwaffnet der Nationalausschuß mit Hilfe tschechischer Soldaten das deutsch-österreichische und ungarische Militär, das dort garnisoniert und von den Ereignissen völlig überrascht wurde. Den Soldaten wird hierbei gesagt, daß der Krieg aus sei und daß sie nach Hause gehen könnten. Im ganzen tschechischen Sprachgebiet herrscht ausschließlich der tschechische Nationalausschuß. Es ist gelungen, auch mehrere deutsche Städte Böhmens und Mährens mit Hilfe der dort befindlichen tschechischen Garnisonen zu überrumpeln. Auf deutscher Seite zeigte sich sowohl in Deutsch-Böhmen als auch in Deutsch-Mähren und Schlesien eine kaum glaubliche Naivität.

Maßnahmen Ungarns gegen Deutschland.

bb **Wien**, 3. Nov. Die ungarische Regierung verfügte die Zurückhaltung aller österreichischen und reichsdeutschen Schiffe samt Ladung, darunter 20 000 Tonnen Lebensmittel für Deutschland und Oesterreich, ferner Erzladungen aus dem Kaukasus und Oelladungen aus Rumänien. Ferner wurde die Durchfuhr von Transportmitteln nach Deutschland eingestellt. Dadurch wird für Deutschland der Abtransport von 60 000 Waggons aus Rumänien unmöglich. Auch wird dadurch der Rücktransport zweier deutscher Armeekorps, die zurzeit noch auf dem Balkan kämpfen und den ungarischen Boden verteidigen, unmöglich. Auf dem Ostbahnhof in Budapest war eine Wetterreise deutscher Militärpersonen unmöglich gemacht. Ein Zug mit deutschen Soldaten, die für die Balkanfront bestimmt waren, wurde auf dem Bahnhof entwaffnet.

Die Kapitulation der Türkei.

Die Antwort Wilsons an die Türkei.

WTB **Washington**, 2. Nov. Reuter. Der Staatssekretär des Auswärtigen Lansing veröffentlicht folgende Mitteilung, die er an den spanischen Botschafter gerichtet hat:

Staatsdepartement, 31. Oktober 1918. Exzellenz! Ich habe nicht versäumt, dem Präsidenten die Note vorzulegen, die Sie am 17. d. M. an ihn gerichtet und mir in diesen Tagen übergeben haben. Laut Anweisung Ihrer Regierung haben Sie dieser Note den Wortlaut beigefügt, den der spanische Minister des Aeußeren von dem türkischen Geschäftsträger in Madrid am 15. Oktober erhielt, worin er die guten Dienste der spanischen Regierung beansprucht, um die Aufmerksamkeit des Präsidenten auf die Bitte der osmanischen Regierung zu lenken, daß er die Aufgabe der Wiederherstellung des Friedens auf sich nehme, sämtliche kriegführende Regierungen von dieser Bitte in Kenntnis zu setzen, und sie dazu einladen möge, Bevollmächtigte zur Eröffnung der Verhandlungen zu entsenden. Die Kaiserlich türkische Regierung hat als Basis der Verhandlungen das Programm angenommen, das der Präsident in seiner Botschaft an den Kongreß vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Erklärungen, besonders in seiner Rede vom 27. September festlegte. Es wurde weder durch die Kaiserlich ottomanische Regierung gebeten, daß Schritte für die sofortige Schließung eines allgemeinen Waffenstillstandes unternommen werden möchten. Den Weisungen des Präsidenten gemäß habe ich die Ehre, Eure Exzellenz zu benachrichtigen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Mitteilung des türkischen Geschäftsträgers zur Kenntnis der Regierungen bringen wird, die sich jetzt im Kriege mit der Türkei befinden. Empfangen Sie den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung. gez. Robert Lansing.

Englische Stimmen zur Unterwerfung der Türkei.

WTB **London**, 2. Nov. Die „Times" betont bezüglich der Türkei, daß sie nicht infolge der neuerlichen europäischen Verwicklungen sich ergeben habe, sondern weil sie entscheidend geschlagen wurde und auf keine Hilfe mehr rechnen konnte. Das alldeutsche Komplott im Osten sei für immer gescheitert. — Der Marinekorrespondent der „Times" erwägt die Möglichkeit der Besetzung Odessas und einer Verbindung mit den Polen zur Bedrohung der deutschen Ostfront.

„Daily Chronicle" urteilt zu der Kapitulation der Türkei, daß abgesehen von den russischen Kämpfen im Kaukasus und in Rumänien das britische Reich die Türkei an den Dardanellen, in Palästina und Mesopotamien endgültig zur Uebergabe gezwungen habe. Diese enorme militärische Aufgabe, die auch der Flotte viel aufbürdete, hat das britische Reich durchgeführt, während es gleichzeitig nahezu 2 Jahre lang den Löwenanteil an den Operationen im Westen getragen hat. (Was sagen die Franzosen dazu?) Das Blatt weist auf die große Rolle Indiens bei diesen Erfolgen hin und fügt hinzu, es wäre kaum zuviel gesagt, soweit die letzte Phase unbetracht komme, daß Britisch Indien die Türkei erobert habe. — „Daily Mail" urteilt ähnlich und bemerkt noch, das Schwarze Meer ist uns offen und in wenigen Tagen werden englische Kriegsschiffe an der Donau und vor Sebastopol sein. — „Daily Telegraph" schreibt: Nach 460 Jahren ist die Schande Europas getilgt. Die Lage der Türkei in Konstantinopel sind geschildert. Der vernichtende Sieg Allenbys in Palästina hat die Türkei in den Staub geworfen, die Uebergabe Konstantinopels und die Freigabe des Schwarzen Meeres gesichert. „Daily News" schreibt: Die Uebergabe der Türkei bedeutet das Ende einer Epoche. Einigkeit herrscht unter den Alliierten über die Zukunft des ottomanischen Reiches und die Umbildung der Türkei wird das Symbol der neuen Demokratie sein, die für immer die alte erlebt. — „Daily Express": Wenn die englische Flotte die Dardanellen passiert haben wird, wird die Freiheit für die Araber, Syrier, Armenier anfangen. — „Morning post" schreibt: Wir sind bereit zu glauben, daß die Türkei irregeführt wurde. Es ist notwendig eine gerechte Verwaltung der von der Türkei vergewaltigten Völker zu sichern und der Türkei nur den Besitz zu lassen, der rechtmäßig ihr Besitz ist. Aber der deutsche Einfluß muß aus dem ottomanischen Reich ausgeschaltet werden. Oesterreich verdient keine Gnade. Die ihm von Italien auferlegten Bedingungen werden die volle Unterstützung der Alliierten finden.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

WTB **London**, 2. Nov. (Reuter.) Der mit den Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält folgende Bedingungen:

1. **Oeffnung der Dardanellen und des Bosporus und freier Zugang zum Schwarzen Meere. Besetzung** der Forts in den Dardanellen und im Bosporus durch die verbündeten Truppen.

2. Die Lage aller Minenfelder, Torpedoabschußvorrichtungen und anderer Sperrmittel in den türkischen Gewässern wird mitgeteilt und bei ihrer Zerstörung oder Beseitigung Beistand geleistet.

3. Alle verfügbaren Informationen über Minen im Schwarzen Meer sind mitzuteilen.

4. **Alle alliierten Kriegsgefangenen und Internierten** oder gefangenen Armenier sind in Konstantinopel zu versammeln und bedingungslos den Alliierten zu übergeben.

5. Die sofortige Demobilisierung der türkischen Armee mit Ausnahme solcher Truppen, die für die Bewachung der Grenze und für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung erforderlich sind. Der Effektivbestand des Heeres und seine Verteilung werden später von den Alliierten nach vorheriger Beratung mit der türkischen Regierung festgesetzt.

6. **Auslieferung aller Kriegsschiffe**, die sich in den türkischen Gewässern oder in den von der Türkei okkupierten Gewässern befinden. Diese Schiffe sind in den von der Entente bezeichneten türkischen oder anderen Häfen zu internieren, mit Ausnahme solcher kleinen Fahrzeuge, die für den Polizeidienst und ähnliche Zwecke in den türkischen Hoheitsgewässern notwendig sind.

7. Die Alliierten erhalten das Recht, alle strategischen Punkte zu besetzen, falls eine Lage entsteht, die die Sicherheit der Alliierten bedroht.

8. Allen alliierten Schiffen stehen sämtliche Häfen und Ankerplätze, die augenblicklich in türkischen Händen sind, zur freien Verfügung. Feindlichen Schiffen ist derartiger Gebrauch zu verwehren. Aehnliche Bedingungen sind auf die Demobilisierung der Armee anzuwenden.

9. Alle Schiffsreparaturvorrichtungen in sämtlichen türkischen Häfen und Arsenalen werden zur Verfügung gestellt.

10. Die Alliierten besetzen die Taurus-Tunnelanlagen.

11. **Die unverzügliche Zurückziehung der türkischen Truppen** aus Nordwest-Persien bis hinter die vor dem Kriege allhier Grenze ist bereits befohlen worden und wird ausgeführt werden. Die Räumung eines Teils des Kaukasus durch die türkischen Truppen ist bereits befohlen worden. Der Rest ist zu räumen, wenn es von den Alliierten gefordert wird, nachdem sie zuvor die dortige Lage geprüft haben.

12. **Drahtlose Telegramm- und Kabelstationen** kommen unter die Kontrolle der Alliierten, außer für türkische Regierungstelegramme.

13. Der Türkei wird verboten, irgendwelches Marine-, Militär- und Handelsmaterial zu zerstören.

14. Erleichterungen werden für den Ankauf von Kohle, Oel, Brennstoffen und Schiffsmaterial, die türkischer Produktion sind, gewährt, nachdem zuvor die Bedürfnisse des Landes befriedigt sind. Nichts von dem oben erwähnten Material darf exportiert werden.

15. **Alle Bahnen** sind unter die Kontrolle alliierter Offiziere zu stellen, einschließlich der Teile der transkaukasischen Eisenbahnen, die augenblicklich unter türkischer Herrschaft sind, und die nur freien und vollständigen Verfügung der alliierten Behörden zu stellen sind, wobei den Bedürfnissen der Bevölkerung in angemessener Weise Rechnung getragen wird. Diese Bestimmung schließt die Besetzung von Batum durch die Alliierten in sich. Die Türkei wird keinen Einspruch gegen die Besetzung von Baku durch die Alliierten erheben.

16. **Auslieferung aller Garnisonen im Hedschas, Asirien, Yemen, Syrien und Mesopotamien** an die nächsten verbündeten Kommandanten und Zurückziehung der Truppen aus Cilicia, mit Ausnahme derjenigen, die notwendig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

17. **Auslieferung aller türkischen Offiziere in Tripolis und der Cyrenaika** an die nächsten italienischen Garnisonen. Die Türkei verpflichtet sich, die Versorgung dieser Offiziere und jede Verbindung mit ihnen einzustellen, sollten sie dem Befehl, sich zu ergeben, nicht Folge leisten.

18. Alle Häfen in Tripolis und in der Cyrenaika einschließlich Misurata müssen den nächsten verbündeten Garnisonen ausgeliefert werden.

19. Alle deutschen und österreichischen Marine-, Militär- und Zivilpersonen müssen innerhalb eines Monats aus den türkischen Gebieten entfernt werden. Die in entfernteren Distrikten befindlichen Personen müssen so schnell wie möglich abgeschoben werden.

20. Die Türkei verpflichtet sich, den Anordnungen nachzukommen, die Bestimmungen über die Ausstellungen, Waffen- und Munitionsvorräte betreffen, einschließlich des Transportes desjenigen Teiles des türkischen Heeres, der nach Punkt 6 zu demobilisieren ist.

21. Ein Vertreter der Verbündeten wird dem türkischen Verpflegungsministerium beigegeben, um die Interessen der Verbündeten wahrzunehmen. Diesem Vertreter werden die dazu nötigen Vollmachten gegeben werden.

22. **Die türkischen Kriegsgefangenen stehen zur weiteren Verfügung der verbündeten Mächte.** Die Entlassung der türkischen Zivilgefangenen und solcher Gefangener, die das militärische Alter überschritten haben, wird in Erwägung gezogen.

23. Die Türkei verpflichtet sich, **alle Beziehungen zu den Mittelmächten aufzugeben.**

24. Für den Fall, daß in den sechs armenischen Vilajets Unordnungen sich zeigen, behalten sich die Verbündeten das Recht vor, fremdenen Zoll dieser Vilajets zu besetzen.

25. Die Feindseligkeiten zwischen den Verbündeten und der Türkei hören am Donnerstag den 31. Oktober 1918, um 12 Uhr mittags auf.

Von den Kriegsschauplätzen.

Serbien geräumt — österreichische Stellungen wie bei Kriegsbeginn.

WTB **Wien**, 2. Nov. **Amtlich wird verlautbart:**

An der italienischen Gebirgsfront werden unsere Truppen in planmäßiger Durchführung der Räumungsmaßnahmen Stellungen wie zu Beginn des italienischen Krieges beziehen. In der venezianischen Ebene ist die Rückbewegung über den Tagliamento im Gange. Die Räumung des gesamten serbischen Gebietes steht unmittelbar bevor.

Waffenstillstand an der italienischen Front.

WTB **Wien**, 3. Nov. Amtlich wird verlautbart:

Auf dem italienischen Kriegsschauplatze haben unsere Truppen auf Grund des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten eingestellt.

Die Verlautbarung der Waffenstillstandsbedingungen erfolgt gesondert.

Der Chef des Generalstabes.

Der Luftkrieg.

Einstellung der Luftangriffe hinter der Front.

WTB **Berlin**, 2. Nov. Ueber einen deutschen Vorschlag zur Einstellung der Luftangriffe hinter der Front heißt es in der „Nordd. Allg. Ztg." halbamtlich: Die deutsche Regierung hat aus Gründen der Menschlichkeit und aus wichtige Kulturgüter auf beiden Seiten zu erhalten, den anderen kriegführenden Mächten durch Vermittelung der schweizerischen Regierung vorgeschlagen, den Luftkrieg im feindlichen Lande hinter dem Operationsgebiet künftig gegenseitig zu unterlassen. Die deutschen Luftstreitkräfte haben von Anfang Oktober an entsprechende Befehle erhalten. Trotzdem haben die Gegner noch in jüngster Zeit gegen eine Anzahl deutscher Städte Bomben-Angriffe unternommen, die zahlreiche Opfer unter der bürgerlichen Bevölkerung forderten.

Deutsches Reich.

Zur Frage der Neuwahlen zum Reichstage und Abgeordnetenhause.

Die Legislaturperiode des gegenwärtigen Reichstages war bekanntlich schon 1917 abgelaufen und ist bereits zweimal verlängert worden. Da sich sowohl bei der Regierung, wie in den Reichstagsparteien selbst der Wunsch nach Neuwahlen lebhaft bemerkbar macht, soll einer Nachrichtenstelle zufolge der Beschluß gefaßt worden sein, schon in den ersten Monaten des kommenden Jahres solche stattfinden zu lassen. Die Aufstellung der Wahllisten wird allerdings diesmal eine besonders schwierige und umfangreiche Arbeit sein, da allen aus dem Felde heimkehrenden Kriegern das Recht der Wahl zu sichern ist. Dazu kommt noch die Einbeziehung der Ausgleichs- und Einspruchslisten, so daß mit Neuwahlen im Mai wohl kaum zu rechnen sein dürfte. Die Neuwahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause dürften im Juni stattfinden.

Weitgehend wiederhergestellte Versammlungs- und Pressefreiheit.

WTB **Berlin**, 3. Nov. 1918.

Der Oberbefehlshaber hat den stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen nachstehenden Erlaß zugehen lassen:

Dem Grundgedanken der neuen Ordnung unseres Staatswesens entspricht es, wenn dem deutschen Volke in weitherziger Weise das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift gewährt wird. Ungehindert soll es seine Wünsche und Klagen zum Ausdruck bringen können. Beengungen sollen ohne Rücksicht auf die parteien nur nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eintreten:

I. Versammlungen:

1. Alle öffentlichen und nichtöffentlichen Versammlungen sind zu gestatten. Ein Verbot darf nur eintreten, wenn ihr Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder wenn es das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses oder der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erforderlich machen.

2. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind anmeldepflichtig und vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der vorgesehenen Redner bei der Polizei schriftlich anzuzeigen. Ausgenommen im Anschluß an die Ausführungen der vorgesehenen Redner sind zulässig, sofern sie sich in den Grenzen des angemeldeten Gegenstandes halten. Gewerkschaftsversammlungen sind von der Meldepflicht befreit, sofern sie sich in dem Rahmen der Bestimmung des Gesetzes vom 16. Juni 1916 bewegen.

3. Alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, können überwacht werden. Sie sind aufzulösen, wenn zu Uebertretung der bestehenden Gesetze aufgefordert wird oder wenn es zu Ruhestörungen oder Gewalttätigkeiten kommt. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 40 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 maßgebend.

4. Personen, die wiederholt Anlaß zur Auflösung von Versammlungen aus Gründen der Ziffer 3 gegeben haben, können durch Entscheidung des Obermilitärbefehlshabers vom Auftreten als Redner in Versammlungen ausgeschlossen werden. Im Falle des Zuwiderhandelns ist die Versammlung aufzulösen.

5. Von den vorstehenden Richtlinien darf nur abgewichen werden, wenn es sich um eine mildere Handhabung des Versammlungsrechtes handelt. Aus außergewöhnlichen Verhältnissen sich ergebende außergewöhnliche Maßnahmen dürfen unter sofortiger Benachrichtigung des Obermilitärbefehlshabers ergriffen werden.

6. Alle bisherigen Richtlinien und Anordnungen auf dem Gebiete des Versammlungsrechtes, die zu vorstehendem in Widerspruch stehen, werden hiermit aufgehoben.

II. Zensur:

1. Zensurmaßnahmen gegenüber Zeitungen und sonstigen Druckschriften dürfen nur erfolgen, wenn sie das Interesse der Kriegführung, des Friedensschlusses und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unbedingt erfordern. Soweit Maßnahmen der Kriegführung in Betracht kommen, ist die Zensur des redaktionellen Teiles von Zeitungen und sonstigen Druckschriften lediglich im Sinne der Bekanntmachung des Reichskanzlers betr. das Verbot von Veröffentlichungen über Truppen- oder Schiffsbewegungen und Verteidigungsmitteln vom 6. Februar 1918 (Reichsanzeiger vom 8. Februar 1918) auszuüben.

2. Die Vorprüfung für alle Nachrichten und Aufsätze militärischen Inhalts bleibt bestehen. Streng muß darauf gesehen werden, daß nur wegen Verletzung von Interessen der Kriegführung eingegriffen wird und daß die Vorlage von Veröffentlichungen, die neben militärischen auch politische Fragen behandeln, nicht Veranlassung gibt, Streichungen auch in dem lediglich politischen Teil vorzunehmen.

3. Die Verhängung der Vorzensur über Zeitungen usw. darf in Zukunft nur noch mit Einwilligung des Obermilitärbefehlshabers erfolgen.

4. In Kraft bleiben vorläufig: a) Alle Bestimmungen über Behandlung von Rohstoff- und Ersatzstoffstagen, Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr von Zeitungen und Druckschriften, Behandlung der Anzeigen in Zeitungen und Druckschriften.

b) Die im Interesse der Presse getroffenen Bestimmungen über fachwissenschaftliche Veröffentlichungen und der Nachdruck aus den Berliner und Provinzblättern.

5. Alle anderen bisherigen Zensurbestimmungen treten außer Kraft.

gez. v. Scheuch, Generalleutnant.

*

Mit dem vorstehenden Erlaß des Obermilitärbefehlshabers ist ein entscheidender Schritt vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat getan. Dem deutschen Volk ist die Wortfreiheit zurückgegeben worden. Der Druck des Belagerungszustandes wird auf das für die Kriegführung schlechthin unentbehrliche Mindestmaß zurückgeführt. Die Versammlungsfreiheit ist grundsätzlich wiederhergestellt. Es ist zu erwarten, daß die Anwendung der den überwachenden Behörden verbliebenen Befugnisse besonders das der Ausschließung bestimmter Personlichkeiten zum Auftreten in Versammlungen zu den Seltenheiten gehören wird. Es entspricht dem Sinne der neuen Richtlinien, daß diese Befugnis niemals zu einer Waffe im innerpolitischen Kampfe gegen mißliebige politische Richtungen werden darf. So werden wir einem Zustand entgegengehen, welcher der friedensmäßigen vollen Versammlungsfreiheit sehr nahe kommt.

Auch der Pressefreiheit kommen wir wieder ein gutes Stück näher. Die Vorprüfung bleibt auf dem Gebiet des rein Militärischen beschränkt. Es konnte nicht dem guten Willen und der Einsicht des Einzelnen überlassen werden, zu entscheiden, was hierüber öffentlich und ohne Schaden für unsere Kriegführung veröffentlicht werden darf. Unserer Heeresleitung mußte die sachverständige Entscheidung vorbehalten bleiben. Neben das Interesse der Kriegführung tritt gleichberechtigt das am Friedensschluß: Nicht jedem unbegründeten Friedensgerüchte oder absichtlich Verwirrung bezweckenden Friedensfühler aus feindlichen oder neutralen Quellen darf Zutritt zu unserer Oeffentlichkeit gewährt werden, wenn nur nicht geradezu die Geschäfte der Feinde befördern wollen. Was die angeführten Gebiete der Anzeigensteuer, der Rohstofffragen, der Ausfuhrüberwachung usw. betrifft, so handelt es sich hierbei um Kriegsnotwendigkeiten, die von der Allgemeinheit weniger bemerkt, von den interessierten Kreisen und der Presse verständnisvoll ertragen werden sind und zunächst weiter ertragen werden müssen. Freigegeben sind alle politischen Erörterungen, auch soweit sie die Kriegführung unmittelbar zum Gegenstande haben, die polnische, die belgische, die baltische und die elsaß-lothringische Frage, das Verhältnis der Obersten Heeresleitung zur Politik, die Neugestaltung Deutschlands, der Pazifismus in allen Abwandlungen, die Reden feindlicher Staatsmänner und der Abdruck aus der fremden Presse.

An der neuen Freiheit nimmt selbstverständlich neben der Tagespresse auch die Buch- und Broschürenliteratur teil. Damit ist ein vollständiger Umschwung in der rechtlichen Behandlung der Wortfreiheit und Meinung eingetreten. Alle Hemmungen und Einschränkungen, die bisher aus politischen Gründen aufrecht erhalten wurden, fallen restlos weg. Die von Schriftstellern und Verlegern gleich unangenehm empfundene Vorzugsrolle von Zeitungen ist im wesentlichen aufgehoben. Manch früher verbotenes Werk wird auf Antrag seines Verlegers oder Verfassers freigegeben werden. Wir eilen uns nun einen größeren politischen Freiheit als unseren unserer Feinde. An die Stelle der obrigkeitlichen Aufsicht ist für jeden die Verantwortung vor dem deutschen Volk und dem eigenen Gewissen getreten.

Sozjales.

Demobilisierung der Arbeiterschaft.

WTB **Berlin**, 1. Nov. Im Reichswirtschaftsamt trat unter Vorsitz des Staatssekretärs Freiherrn v. Stein die Kommission für Demobilisierung der Arbeiterschaft, um den Bericht über die Tätigkeit ihres Arbeitsausschusses entgegen zu nehmen. Gleichzeitig hob der Staatssekretär hervor, daß es bei der eigenartigen Lage nicht möglich sei, ob es zum Frieden und der Niederlegung in die Arbeitsmöglichkeit oder in einer geteilten Zusammenfassung erfolgte Pläne für die weitere Fortführung des Krieges kommen werde. Soll es zur Demobilmachung kommen, so müssen jetzt schon die reiche Maßnahmen in die Tat erforderlich sein. Bei der Durchführung der durch die Demobilmachung erwachsenden Aufgaben müsse jeder an seinem Teil mitarbeiten. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Industrie, Landwirtschaft und auch der einzelne müßten ihr ganzes Wissen auf die Lösung dieser Aufgabe unter Voranstellung der allgemeinen Gesichtspunkte einstellen.

Unterstaatssekretär Dr. Müller erstattete sodann Bericht über die bisherige Tätigkeit des Arbeitsausschusses. Seine Ausführungen über die Behandlung der Entlassung aus dem Heeresdienste entsprechen den Erklärungen, die er vor einigen Tagen im Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe abgegeben hat. Ferner führte er aus, daß der Arbeitsausschuß in zahlreichen Besprechungen Fühlung mit den nicht offiziellen Arbeiter- und Gewerbegruppen aufgenommen habe und diese Besprechungen fortsetze. Als wichtigstes Ergebnis teilte er mit, daß die großen Arbeitgeberorganisationen ihre frühere Erklärung wiederholt haben, soweit es sie für ihre Betriebe nicht betrachten, ihre ehemaligen Angestellten und Arbeiter nach der Entlassung aus dem Heeresdienst, soweit es die Betriebsverhältnisse irgend zuließen, wieder in ihre Betriebe aufzunehmen. Die Arbeitgeber haben diese Bereitwilligkeit schon jetzt in großem Umfange in Fällen bewiesen, wo die durch die Kriegsverhältnisse eingetretenen persönlichen Beziehungen wieder aufgenommen zu werden wollen. Soweit dies irgend möglich ist, werden die Arbeitgeber selbst nicht verfehlen, dafür zu sorgen, daß sie aus ihre früheren Arbeitgeber hinweisen. Es ist selbstverständlich, daß die Mitwirkung der Betriebsräte und Arbeiterausschüsse hierbei ebenfalls eine Voraussetzung sein muß. Nach Mitteilung des Unterstaatssekretärs hat der Arbeitsausschuß der Frage der Arbeitsbeschaffung bei seinen bisherigen Arbeiten die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat es sich besonders angelegen sein lassen, auf schleunige Vergebung der zahlreichen rückständigen Reichs-, Staats- und Kommunalaufträge, die Milliardenwerte darstellen, hinzuwirken, und hat Maßregeln getroffen, diese Aufträge auf eine noch breitere Grundlage zu stellen und für beschleunigte Erledigung der hierfür benötigten Mittel zu sorgen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung erstrecke sich aber auch auf jeden einzelnen, der in seinem Betriebe von sich aus jede geeignete Arbeit sofort in vorbereiten müsse, daß sie im Augenblick der Demobilmachung in Angriff genommen werden könne; denn nur so sei eine rechtzeitige Verteilung auszugleichender Arbeitsgelegenheit möglich, die die Gründe für eine schwankungsfreie Durchführung der wirtschaftlichen Demobilmachung sind.

Letzte Nachrichten

Kein Ordnen der Akten über die Vorgeschichte des Krieges.

WTB **Berlin**, 3. Nov. (Telegr.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: In der Presse wird behauptet, der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow bleiben sich in Berlin auf, um in amtlichem Auftrage des Auswärtigen Amtes für die Behandlung der Vorgeschichte des Krieges Akten zu ordnen. Wir können feststellen, daß es sich bei dieser Nachricht um eine Erfindung handelt.

Erzherzog Josef unterwirft sich dem Nationalrat.

WTB **Budapest**, 3. Nov. (Telegr.) Erzherzog Josef erschien gestern mit seinem Sohne vor dem Nationalrat und leistete folgenden Eid: Ich, Josef von Habsburg, gelobe bei meiner Ehre, mich den Gesetzen des Nationalrates unbedingt zu unterwerfen und kein in euren heimen Verfügungen gelten zu unterstützen. Sein Sohn leistete denselben Eid ab.

Uebernahme der Vollzugsgewalt durch die neue deutsch-österreichische Regierung.

WTB **Wien**, 3. Nov. (Telegr.) Das Präsidium des Staatsrats veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Staatsrat hat die Vollzugsgewalt übernommen und die Staatssekretäre in ihre Aemter eingeführt. Die deutschen Behörden werden ihre Wirksamkeit ausschließlich auf das Gebiet des deutsch-österreichischen Staates erstrecken. Der Leiter der Staatskanzlei, Dr. Renner, errichtet bereits ein Legislativbureau. Mit der legislatorischen Vorbereitung der Abwicklungsakte wurde eine besondere Arbeitsgruppe im Rahmen der Staatskanzlei betraut, die unter Leitung des Staatsrats Dr. v. Licht steht. Der Staatssekretär des Aeußern, Dr. Adler, stellte sich heute dem deutschen Botschafter Grafen Wedel vor, notifizierte ihm die Uebernahme der Gewalt durch die neue deutsch-österreichische Regierung und ersuchte den Botschafter, als Vertreter des Deutschen Reiches bei der deutsch-österreichischen Regierung in Wien zu bleiben.

× **Dortmund**, 1. Nov. Hier wurden sieben Postaushelferinnen verhaftet, die seit längerer Zeit auf dem Postamt 1 Pakete beraubt hatten. Bei der Nachsuchung wurde ein Teil der gestohlenen Gegenstände vorgefunden.

× **Düsseldorf**, 2. Nov. In einem hiesigen Hotel wurden ein 40jähriger Mann und eine 25jährige Frau mit lebensgefährlichen Schußwunden in der Herzgegend tot aufgefunden. Man nimmt an, daß es sich um ein Liebespaar handelt, das gemeinsam den Tod gesucht hat. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

× **Aachen**, 2. Nov. Auf der Erkelenzer Bahnstrecke wurde ein nur notdürftig bekleideter Soldat tot auf den Gleisen gefunden. Man nimmt an, daß der Bedauernswerte aus einem Lazarettzuge gefallen und dann von einem anderen Zuge überfahren worden ist.

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 4. November.

× Die Stellung der christlichen Arbeiterschaft zu den Gegenwartsfragen.

Die mächtige Flutwelle innerpolitischer Umwälzungen, die z. Zt. das deutsche Volk durchbrandet, hat allenthalben, besonders auch im Industriebezirk die Gemüter erregt und bewegt. Die Ungewißheit des Kommenden, die fortschreitende demokratische Entwickelung, die zunehmenden Versuche gewisser Elemente, die ruhige und stetige innerpolitische Entwicklung zu überstürzen, haben die Notwendigkeit dargetan, weitesten Schichten der Bevölkerung den Weg zu weisen, den das deutsche Volk zu nehmen hat, um aus den jetzigen Geburtswehen und dem Elend eines unglücklich zu verlaufen drohenden Krieges zu dem ersehnten neuen freien Deutschland zu gelangen. Diesem Zwecke sollte auch die große Kundgebung der gesamten christlichen Arbeiterschaft von Herne dienen, die am gestrigen Sonntag Morgen viele hunderte und aber hunderte von christlichen Arbeitern und Freunden der Bewegung im großen Gesellenhaussaale vereinte.

In großzügig aufgebauter, tiefdurchdachter, packender, und am Schlusse selbst die anwesenden „Unabhängigen" anscheinend überzeugender Rede verbreitete sich der von der Verbandszentrale entsandte Redner, Herr Redakteur Imbusch-Essen, über die Stellung, die die christliche Arbeiterschaft Deutschlands zu den neuen innerpolischen Verhältnissen einnimmt.

Ohne sich durch die anfänglich mehr oder weniger starken Zwischenrufe der den Hintergrund des Saales einnehmenden „Unabhängigen" stören zu lassen, zeichnete der Redner zunächst in großen Zügen ein Bild über die schwierige militärische Lage Deutschlands, um dann die inneren Fragen mit einer wohltuenden sachlichen Gründlichkeit zu behandeln.

Wir müssen uns heute damit begnügen, den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft nach den Ausführungen des Redners zusammenfassend wie folgt zu präzisieren: Kein Frieden, der Deutschlands Zukunft vernichtet. Festhalten an der monarchischen Staatsform, unter Uebertragung der bisherigen Rechte der Krone auf die durch das deutsche Volk gewählte Regierung. Volle Verantwortlichkeit des Reichstages bezw. des Reichskanzlers für alle Anordnungen des Trägers der Krone. Gründliche Neuorganisationen auf militärischem Gebiete. Radikale Maßnahmen gegen jeglichen Kriegswucher. Reorganisation auf wirtschaftlichem Gebiete, Erfassung sämtlicher Kriegsgewinne. Verstärkte soziale Fürsorge usw. Vereinte Arbeit der Organisationen um dem Arbeiterstande die Stellung im neuen Deutschland zu verschaffen, die ihm gebührt. (Wir kommen auf die Veranstaltung morgen näher zurück.)

* * *

× Bei den Unabhängigen,
zu deren Veranstaltung das hiesige nationalliberale Parteiorgan eingeladen hatte, fand gestern nachmittag ebenfalls eine Versammlung statt, in der Genosse Erdmann geredet und wobei zahlreich anwesende neugierige Herner Bürger, die die Gewaltpolitik anscheinend als ein nervenkitzelndes Schauspiel betrachten, voll auf ihre Kosten gekommen sein sollen.

× Stadtverordneten-Wahlen.
In einer gestern nachmittag im Hotel Schmitz (die Gesellenhaussäle waren besetzt) stattgefundenen Vertrauensmänner- und Wählerversammlung der Zentrumspartei wurden die Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen für Alt-Herne gewählt und zwar in der 2. Abteilung die ausscheidenden Stadtverordneten Kaufmann J. Vogel und Wirt A. Markmann, in der 3. Abteilung der Schreiner Joh. Künsting.

Bei der bei Hülshoff an demselben Abend abgehaltenen liberalen Wählerversammlung wurden die ausscheidenden Stadtverordneten Wirt Christian Möller (3. Abt.) und Oberexpedient Röhrken (2. Abt.) wieder aufgestellt. Dem auf Grund des Kompromisses in die 2. Abteilung übernommenen Rentner Fr. Westerhold wurde der Sitz des verstorbenen Stadtv. Schulte am Esch eingeräumt.

× Zentrumspartei Baukau.
Am Dienstag abend 8 Uhr findet im Neveling'schen Saale eine Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei statt, zu der alle Vertrauensmänner erwartet werden.

× Wiederaufnahme des Unterrichts.
Der Unterricht an den höheren Schulen beginnt heute 8 Uhr.

e. Heute Abend 1. städt. Abonnementskonzert im Steffenschen Saalbau.
In letzter Stunde weisen wir nochmals hin auf die Haydn'sche Schöpfung, die heute Abend im Steffenschen Saalbau gesungen wird. Ueber das Werk brauchen wir keine Worte zu verlieren. Die Schöpfung hat, als sie um 1800 ihren Siegeszug durch die Welt antrat, überall einen ungeheuren Eindruck hinterlassen. Viele Chöre bildeten sich, lediglich um dieses Werk aufzuführen und aus diesen Schöpfungschören haben sich musikalische Gesellschaften gebildet, die jetzt noch Weltruf genießen. Etwas anders liegen die Verhältnisse hier in Herne. Wir hoffen aber auch, daß nach diesem Konzert sich ein Chor zusammenfinden wird, der der eigentliche Träger des musikalischen Lebens in Herne werden soll. Zu großem Danke sind wir dem evangelischen Kirchenchor Erpst chtet, daß er seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit in uneigennützigster Weise gestellt hat. Danken wir den Veranstaltern dieses Abends dadurch, daß wir für ein ausverkauftes Haus Sorge tragen. Karten, Texte und Programme sind in der Stückschen Buchhandlung zu haben. Um den Andrang an der Abendkasse zu vermeiden, wird gebeten, sich die Karten bis gegen 6 Uhr in der Stückschen Buchhandlung zu sichern. Der Beginn des Konzertes ist punkt 8 Uhr.

× Im Silberkranze.
Die Eheleute Jakob Möller und Frau, Wilhelmine geb. Fenge und Ferdinand Krogmeier und Frau, Christine geb. Termath, feiern heute das Fest der silbernen Hochzeit. Auch unsererseits herzlichen Glückwunsch!

Eine Kundgebung der Kriegervereine.
Die Kricher-Zeitung „Parole" kennzeichnet in der neuesten Sonntagsnummer den Standpunkt der Kriegervereine mit folgender Kundgebung:

„Der Vorstand des Kyffhäuser-Bundes würdigt in vollem Maße die schwere Sorge, die in dieser ernsten Zeit gerade und besonders auf den Kriegervereinen lastet, deren Kameraden das Fundament des Reichsbaues errichten halfen. — Heldenmut und Tüchtigkeit unserer Heere, unter hervorragender Führung, haben länger als vier Jahre einer Welt von Feinden ruhmvoll Trotz geboten. Unauslöschlich ist unser Dank. Mit der geschlossenen Masse unseres Volkes vertrauen wir daß es gelingen wird einen Frieden in Ehren zu schaffen — Kommt aber der Augenblick da die Hoffnungen den Völkerhaß zu verlöschen, an Dünkel und Hochmut unserer Feinde scheitern, dann werden die Kriegervereine die ersten sein, die ihre Kameraden und durch sie das deutsche Volk für Kaiser und Reich zum Ringen auf Leben und Tod aufrufen. Bis dahin kämpft jeder an seiner Stelle den Kampf gegen Zaghaftigkeit und Zwiespalt für eine Einigkeit, die über jeglichen Parteizwist, jede Sonderansicht und jede Selbstsucht erhaben ist, fest im Vertrauen zu den zu den Waffen, die uns die letzte Not noch fern halten!"

*** Kriegsteilnehmerverzeichnis deutscher Rechtsanwälte.**
Der Krieg hat etwa 8000 deutsche Rechtsanwälte ihrer Berufsausübung entzogen. Die Wiederaufnahme ihrer Friedenstätigkeit nach dem Kriege muß möglichst erleichtert werden. Dabei kann ein Verzeichnis der Anwälte, die durch Kriegsdienst in der eignen Praxisausübung behindert waren, gute Dienste leisten. Kriegsteilnehmer sowohl, wie die in der Heimat verbliebenen Anwälte, insbesondere die reklamierten wehrpflichtigen Kollegen, werden bestrebt sein, mit Vertretungen an auswärtigen Gerichten in erster Linie einen Berufsgenossen zu beauftragen, der durch den Krieg wirtschaftlich geschädigt ist. Es kann auf diesem Wege eine wirksame Kriegsfürsorge geübt werden. Rechtsanwalt Dr. Müller in Detmold, Brahmsstraße 2, Hauptmann der Landwehr, zurzeit im Ersatz-Bataillon Infanterie-Regiment 55 (vorher L.-J.-R. 328) hat sich bereit gefunden, ein solches Verzeichnis aufzustellen; er hat bereits Material gesammelt, möchte aber von den im Kriegsdienste stehenden Kollegen selbst deren Heimatadressen mitgeteilt haben; zugleich mit Angabe, wielange im Kriegsdienste und ob Praxis durch Sozius fortgesetzt wurde.

× Deutsche Lehrer für das Baltenland gesucht.
Anwärter für den deutschen Schuldienst in Kurland, Suwalki und Litauen sollten unter den Heeresangehörigen aus dem deutschen Reiche gewonnen werden, die zur Entlassung kommen. Es wird ihnen durch eine abgekürzte Ausbildung die Gelegenheit geboten, sich möglichst bald eine auskömmliche Lebensstellung zu erringen. Gedacht ist eine Ausbildungszeit von 1—3 Jahren, je nach dem Grade der Vorbildung gegen 6 Jahre in der Heimat. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums kommen junge Leute evangelischen und katholischen Bekenntnisses in Betracht, die unmittelbar von der Schule, Präparandenanstalt oder untersten Seminarklasse in den Krieg gegangen sind. Es werden auch solche Leute mit guter Volks- und Mittelschulbildung angenommen, die durch den Krieg ihren bisherigen Beruf zu wechseln gezwungen sind. Kriegsbeschädigte sind nicht ausgeschlossen, wenn ihnen die allgemeine körperliche Rüstigkeit bis zu einem gewissen Grade verblieben ist. Bei Bedarf soll während der Ausbildung durch Unterstützungen geholfen werden. Neben angemessenem Grundgehalt mit Dienstalterszulagen wird freie Wohnung, Feuerung und Landnutzung dem Lehrer gewährt werden. Gesuche um Annahme sind an den Verwaltungschef beim Militär-Gouverneur von Litauen oder an den Verwaltungschef beim Oberkommando der 9. Armee einzureichen. Es empfiehlt sich, daß Bewerber evangelischen Bekenntnisses in den baltischen Landen, Katholiken in Litauen um Annahme nachsuchen. Die militärischen Beratungsstellen wie die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge werden die Anwärter beraten.

× Das Reich ersetzt jeden Flieger-Sachschaden.
Einen wichtigen Bescheid in der Frage des Schadenersatzes bei Fliegerschäden erhielt der Vorsitzende des Solinger Haus- und Grundbesitzervereins, Ad. Weck, vom Staatssekretär des Innern. Weck hatte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rheinischen Haus- und Grundbesitzerverbandes im Hinblick auf die bekannte Erklärung der Kriegsamtstelle Koblenz beim Staatssekretär angefragt, ob es zum Erlaß von Flieger-Sachschäden noch eines Reichsgesetzes bedürfe, ob es richtig sei, daß kein Rechtsanspruch auf Ersatz bestehe und falls das nicht der Fall, der Abschluß besonderer Versicherungen notwendig sei? Der Staatssekretär hat jetzt geantwortet, daß die Veröffentlichung der Kriegsamtstelle Koblenz sich nicht deckt mit der Auffassung der Regierung. Das Reich werde jeden Flieger-Sachschaden ersetzen. Infolgedessen sei eine besondere Versicherung gegen Fliegerschäden nicht notwendig. Offen sei noch die Frage der Entschädigung bei persönlichen Schäden. Hierüber schwebten noch Verhandlungen.

Verbrauch von Gas und Elektrizität.
Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 31. Oktober 1918 betreffend Ergänzung der Verordnung über Elektrizität und Gas sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser vom 21. Juni 1917 beseitigt jeden Zweifel an der rechtlichen Gültigkeit der im Sommer 1917 von dem damaligen Reichskommissar für Gas und Elektrizität bzw. seinen Vertrauensmännern erlassenen Vorschriften über die Einschränkung des Gasverbrauchs. Diese Klarstellung ist notwendig geworden, weil durch Urteil eines Gerichts die rechtliche Gültigkeit jener Anordnung aus formellen Gründen verneint worden ist. Die Aufrechterhaltung der Verordnung ist jedoch bei der heutigen schwierigen Kohlenlage ein unabweisbares Bedürfnis, so schwer im einzelnen auch die Beschränkung von der Bevölkerung empfunden werden muß. Die neue Bekanntmachung des Bundesrats ändert an der tatsächlichen Lage nichts, bedeutet insbesondere keine neuen Erschwerungen, sondern bestätigt lediglich den bestehenden Zustand.

× Erschossen.
Am 28. Oktober d. J. ist der Jagdaufseher Friedrich Weckentrup aus Ickern in Lerchingshausen in der sogenannten „Hölt" erschossen aufgefunden worden. Weckentrup hatte eine 12 cm. breite und 20 cm. lange schwarzlederne Brieftasche bei sich, deren umgelegte Klappe mit einem dunklen Druckknopf versehen war. Sie enthielt 350 Mk. Papiergeld und zwar 1 Hundertmarkschein, 2 Fünfzigmarkscheine, 5 Zwanzigmarkscheine und das übrige Geld in kleineren Scheinen. Die Tasche mit Inhalt, sowie ein doppelläufiges Zentralfeuerjagdgewehr und einen eichenen Handstock mit gebogenem Griff haben die Täter mitgenommen. Sachdienliche Angaben erbittet die Königliche Staatsanwaltschaft Bochum und die Polizeiverwaltung in Waltrop.

Aus dem Amte Sodingen.

Sodingen, den 3. Novemb. Die Volksschulen des Amtes Sodingen sind wegen der Grippe-Epidemie weiter bis zum 10. ds. Mts. geschlossen. Wiederbeginn der Schulen am Montag, den 11. November.



Kreis-Krieger-Verband Herne.
Antreten der Mitglieder zur Beerdigung des an seiner Verwundung gestorbenen und überführten Kriegsteilnehmers
Ferdinand Wegener
am Dienstag, den 5. d. M., nachmittags 3,45 Uhr am Trauerhause Konstantinstraße 4. Die Ehrenbezeugungen gibt der Krieger- und Landwehr-Verein Herne-Süd.
Der stellvertr. Vorsitzende: Boos.

1. städt. Abonnements-Konzert.
Montag, den 4. November, abends 8 Uhr,
im Steffen'schen Saalbau.
Joseph Haydn: Die Schöpfung.
Oratorium für Soli, Chor und Orchester.
Leitung: Herr Willy Mehrmann.
Solisten:
Sopran: Frl. Opernsängerin Anna Kredel — Düsseldorf.
Tenor: Herr Opernsänger Dr. Max Nicolaus — Dortmund.
Baß: Herr Opernsänger Erich Thiehs — Düsseldorf.
Chor: Der verstärkte evangelische Kirchenchor.
Orchester: Das verstärkte neue städtische Orchester — Bochum.
Eintrittskarten zu 3, 2 und 1 Mark in der Stück'schen Buchhandlung. Dort sind auch noch Vormieten zu haben für alle 6 Konzerte, zu 15, 10 und 5 Mark und Textbücher und Führer zu je 35 Pfg. 6070

Grippe!
Zur Vorbeugung und als gute
Hilfsmittel
empfehle: 6212
Phönix-Einlegesohlen
10 Paar Mk. 1.25
Pelz-Einlegesohlen 1 P 2,50
Aliedernee, Lindenblüte,
Formomint-Tabletten Glas 1,75
zum Gurgeln
Essigsaure Tonerde
Wasserstoffsuperoxyd
usw
Crag. Klische, Herne.

Glashandlung
Sayn & Hüls
Herne, Bahnhofstr. 117,
Fernruf 843, empfehlen
Buntglas-Imitation
Ersatz für Gardinen.
Herrliche Muster. (1567)
Leichtes Anbringen.

Im Hause Schulstraße 60
Ladenlokal
sofort oder 1. Januar zu vermieten. Näheres 6235
Altenhöfenerstr. 34, I, rechts.

Kräftige 5445
Frauen und Mädchen
sowie jugendliche Hilfsarbeiter
werden eingestellt.
Gewerkschaft Dorn,
Schrauben- und Nietenfabrik Herne.

Jugendliche Hilfsarbeiter und Lehrling,
der Lust hat, das Installations-Handwerk gründlich zu erlernen, stellt sofort ein 6140
H. Goßler, Herne II,
Technisches Installationswerk.

Arbeiter und Arbeiterinnen sofort gesucht.
Meldungen bei 6146
Anton Wasser,
Bönig, Mont-Cenisstr. 13, 2 E.

Es werden eingestellt:
Scheren- und Plabarbeiter und Autogen-Schneider
für Schrotbetrieb. 6240
J. Adler jr.,
Dortmund-Hafen, Kohlenweg 10.

1 Knecht
und ein tüchtiges 6225
Dienstmädchen
für sofort gesucht.
Kanalschloß.

Tüchtige 6226
Wäscherin
sofort gesucht.
Waschanstalt Externest,
Goethestr. Telefon Nr. 1062.

Ein junges 6228
Mädchen
für ganze oder halbe Tage auf sofort gesucht. Zu melden
Augustastr. 24, part., links.

Für einen kleinen Haushalt 3 Pers., wird ein braves kath.
Mädchen
gesucht. 6156
Hohenzollernstr. 2, 2. Etage.

Ordentliches junges
Mädchen
für Küche und Hausarbeit sowie Bedienen sofort gesucht.
Mall. Westfalenhof,
Ahlen in Westf.
ebenfalls ein Kochlehrmädchen, Lehrzeit 1 Jahr etwas Taschengeld wird vergütet. 6110

Nach Herne zurückgekehrt sucht sich sofort ein 6216
Mädchen,
welches selbständig kochen kann, für Küche und Hausarbeit, sowie ein jüngeres
Zweitmädchen.
Zu melden von Dienstag ab
Frau Baumeister Eberhard Meier,
am Stadtgarten 43.

Junges 6198
Mädchen
(Lehrmädchen) aus guter Familie für Geschäft und Haushalt gesucht
Zigarren Special-Geschäft,
Alfred Köhler, Herne i. W.,
Bahnhofstraße 6 c neben der evgl. Kirche.

Suche für sofort ein kräftiges
Zweitmädchen
Frau Hermann Kraus,
Neumarkt. 6172

Suche per sofort ein tüchtiges, properes 6257
Dienstmädchen.
Grabenstraße 23.

Am Freitag abend im Steffenschen Saalbau ein Stock gefunden. Derselbe kann abgeholt werden. Wo? zu erfragen i. d. Geschäftsst. d. Herner Anzeigers.

Einige nicht zu junge
Büro-gehilfinnen
mit guter Auffassungsgabe, die gewandt in Stenographie und Maschinenschreiben sind, gegen gute Bezahlung zum baldigen Eintritt gesucht. Meldungen unter Vorlage eines selbst geschriebenen Gesuchs mit Lebenslauf im Rathause, Zimmer 39.
Magistrat Herne.

Sauberes 626
Mädchen
für halbe oder ganze Tage sofort gesucht.
Frau Finke,
Wilhelmstraße 21.

Junges Mädchen,
bewandert in Stenographie und Maschinenschreib., sucht Stellung auf einem Büro.
Offerten unter A. K. 6251 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers.

Schöne 6244
2-Zimmer-Wohnung
zum 15. November zu vermieten
Wilhelmstraße 36.

Wir haben mehrere 625
Häuser
als Kapitalsanlage und für Geschäftszwecke in Herne im Ang. zu verkaufen.
Handelsbank, Herne,
Bahnhofstraße 32.

Ein gebr., schwarz-emaillierte
Herd 6176
noch guterhalten zu verkaufen
Rimbach, Bramstr. 8.

Prima frische 6247
Seemuscheln
Herner Obst- u. Fischhalle,
Herne, Bahnhofstraße 90.

Stielmus
hat abzugeben 6249
Landwirt Schmauck, Nottstr.
Verkauf jeden Nachmittag.

Eine 4½ Meter lange, starke
Leiter
billig zu verkaufen
6251 Goethestraße 9.

Schlachtziegen
zu kaufen gesucht. 4074
A. Kaufmann,
Herne, Bahnhofstraße 49,
Fernruf 219

Möbel
Bettstellen, Matratzen.
Kleiderschränke,
Küchenschränke,
Waschkommoden,
Vertikows, Kochherde,
Tische, Stühle,
Sofas, Spiegel,
Emaille-Garnituren,
Federbetten
usw.
Eigene Schreinerei. Eigene Polsterei.

erhält jedermann
mit
sehr kleiner
Anzahlung

Möbelhaus
Tolcziner
Bochum, Ob. Marktstr. 38a
1.—4. Etg. Teleton 698.
Musterlager
Hattingen, Bahnhofstr.

Hohenzollern-Theater
Bahnhofstr. 72. Herne. Telefon 906.
Vom 5.—8. November: 6256
Grosse Dramen-Woche.
Beginn des Winterspielplans.
4 schöne Kunstwerke.
Erst- und Allein-Aufführungen.
Gute Begleitmusik, ausgeführt durch das auf 14 Solisten verstärkte erstklassige
Künstler-Orchester.
Beginn der Vorstellungen nachmittags 2½ Uhr und abends 7 Uhr.
Beachten Sie bitte unser morgiges Inserat!

Tanz-Schule.
Aufnahme neuer Schüler findet statt am Donnerstag, den 7. November, 8 Uhr abends im Restaurant Hintze früher Ruhe, Herne, Bahnhofstraße. Schüler, welche teilweise am Unterricht verhindert sind, erhalten Extra-Stunden.
Privat-Unterricht
erteilen wie zu jeder Zeit, auch des Sonntags, in unserem Hause. (In 6 Stunden ballfertig.)
6241 Ergebenst
Tanzlehrer Friedrich Rödiger und Frau,
Bochum, Nottstraße 74. Telefon 1514.

Stadtgarten-Restaurant
Herne.
Heute und an den folgenden Tagen kommt zum Ausschank
Ia. bayrisches Vollbier
großes Glas 6/20 Ltr. 50 Pfg. Freunde eines edlen, guten Tropfens ladet freundl. ein Herm. Wullenkordt.

Sattlerei und Polsterei.
Nehme meine Arbeit in allen vorkommenden Sattler- und Polsterartikeln wieder auf. Für gute und prompte Ausführung trage ich Sorge und bitte um geneigtes Wohlwollen. 6245
Sattler und Polsterer
Joh. Küppers, Gabelsbergerstraße 4.

Ein Transport
größerer und kleinerer
Ferkel

eingetroffen und daselbst billig abzugeben.
6261 Karl Cegla, Herne, Eckstr. 21.

VII. Armeekorps.
Stellv. Generalkommando. Münster, den 2. November 1918.
Abt. I c R Nr. 47500 a. u. b.

Bekanntmachung.

Am 2. November 1918 sind 2 Bekanntmachungen erschienen unter Nr. I c R 47300 a/ Nr. 1/11. 18. S. 2./ betreffend „Beschlagnahme und Bestandserhebung von Cocablättern und Cocain" und Nr. I c R 47300 b/ Nr. 2/11. 18. S. 2./ betreffend „Beschlagnahme und Bestandserhebung von Pfefferminzkraut, -tee, -blättern".

Die Bekanntmachungen sind durch Anschlag veröffentlicht und können auch bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern, Polizei-Verwaltungen und Handelskammern eingesehen werden.

Stellv. Generalkommando VII. Armeekorps.

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** für die **4½ % Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½ % Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** können vom

4. November d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Mit dem Umtausch der **Zwischenscheine** für die **5 % Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen. 6238

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Mitbürger!

Von den verschiedensten Seiten werden der Reichsbank, den Banken und Sparkassen **Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheine entzogen** und in Brieftaschen und Schubläden aufgehoben mit der Begründung, daß man jetzt bares Geld haben müsse. Das **Unsinnige und Verkehrte** dieser Handhabung liegt auf der Hand. Das Geld ist bei den Kreditanstalten (Banken, Bankgeschäften, Sparkassen und Genossenschaften) weit sicherer aufgehoben als im eigenen Hause. Die Kreditanstalten vergüten **Zinsen.** Durch Schecks und im Ueberweisungsverkehr lassen sich **jederzeit größere und kleinere Zahlungen leisten.** Das Aufbewahren im Hause, wie das Herumtragen von barem Gelde birgt Gefahren in sich, die jedermann kennt und vermeiden sollte. Deutschland ist das einzige Land gewesen, in dem es kein Moratorium gegeben hat, und es soll es auch bleiben.

Der bargeldlose Verkehr ist für das wirtschaftliche Leben von größter Bedeutung.

Wenn jedermann sein Geld in Banknoten hinlegen wollte, so wäre es technisch einfach unmöglich, die nötigen Reichsbanknoten zu liefern und dem Publikum zur Verfügung zu stellen. Das Herausziehen von Papiergeld aus dem Verkehr müßte daher auf die Dauer die **ordnungsmäßige Abwickelung allen Geschäftsverkehrs ins Wanken bringen.**

Wir richten deshalb an alle Gewerbetreibenden und Privatleute nachdrücklich die Bitte, das Abheben von Noten auf das geringste Maß zu beschränken und nur das in bar zu erheben, was im täglichen Gebrauch unbedingt nötig ist.

Die unterzeichneten Banken, Bankgeschäfte und Sparkassen haben Weisung gegeben zu verhindern, daß bares Geld in Stahlfächern bei ihnen eingesperrt wird.

Am 1. November 1918.

Handelskammer zu Bochum.

Reichsbankstelle Bochum, Reichsbanknebenstellen Gelsenkirchen und Witten.
Commerz- und Disconto-Bank Gelsenkirchen, Wanne, Wattenscheid.
Direktion der Diskonto-Gesellschaft Bochum und Hattingen.
Dresdner Bank Bochum, Gelsenkirchen, Herne, Wanne, Witten.
Essener Credit-Anstalt Bochum, Gelsenkirchen, Hattingen, Herne, Wanne, Witten.
Gewerbebank E. G. m. b. H., Gelsenkirchen.
Handels- und Handwerkerbank E. G. m. b. H., Bochum.
Bank Handlowy E. G. m. b. H., Bochum.
Hattinger Bank Hethay & Co., Hattingen.
von der Heide, Witten.
Bank Przemysłowcow E. G. m. b. H., Gelsenkirchen.
Rose & Co., Wanne.
Hermann Schüler, Bochum.
Stern & Archenhold, Bochum.
Gebrüder Wilhelms, Gelsenkirchen.
Städtische Sparkassen und Amtssparkassen zu Bochum, Eickel, Gelsenkirchen, Hattingen, Herbede, Herne, Königssteele, Langendreer, Sodingen, Wanne, Wattenscheid, Witz und Witten. 6236

Den Heldentod fürs Vaterland starb im Knappschaftslazarett zu Dillingen-Saar infolge schwerer Verwundung, gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, unser innigstgeliebter, hoffnungsvoller Sohn, unser herzensguter Bruder, Neffe und Vetter, der

Einj. Schütze

Ferdinand Wegener

Inf.-Regt. . . .

im Alter von 19 Jahren. Nachdem er 4 Wochen die Schmerzen seiner schweren Verwundung geduldig ertragen hatte, mußte er doch noch sein Herzblut fürs Vaterland opfern.

In tiefstem Schmerze:

Ferd. Wegener und Frau,
Ferdinandine geb. Bentler,
Heinrich Wegener,
Norbert Wegener,
Erich Wegener.

Herne, den 31. Oktober 1918.
Constantinstraße 4.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 5. November, nachmittags um 3,45 Uhr, vom Trauerhause, Constantinstraße 4, aus. Das Levitenhochamt ist Mittwoch, den 6. November, morgens 7,10 Uhr, in der Herz Jesu-Kirche zu Herne.

Allen, denen aus Versehen keine besondere Nachricht zugehen sollte, diene dieses als solche. 6179

Vorgestern abend verschied nach kurzem, schwerem Leiden, infolge Grippe und Lungenentzündung, unser lieber Mitschüler, der

Quartaner

Karl Dahlhoff

aus Sodingen. Er war uns allen ein lieber Klassenkamerad, den wir nie vergessen werden. 6243

Herne, den 2. November 1918.

Quarta des Gymnasiums i. E.

Zur silbernen Hochzeit
unsern lieben Eltern, den
Eheleuten Jakob Möller und Frau, Wilhelmine geb. Fenge,
die herzlichsten
Glück- und Segenswünsche.
6258 Gewidmet von ihren dankbaren Kindern.
Herne, den 4. November 1918.

Unsern lieben Eltern
Ferdinand Krogmeier nebst Gemahlin,
Christine geb. Termast, **zur silbernen Hochzeit**
die herzlichsten
Glück- und Segenswünsche!
6242 Gewidmet von den dankbaren Kindern.
Herne, den 4. November 1918.

Gestern abend um 6½ Uhr verschied nach Gottes hl. Willen nach einem recht christlichen Lebenswandel, vorher gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 68½ Jahren unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der wohlachtbare Herr

Wilhelm Rottmann.

Dieses zeigen an mit der Bitte um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen

Die trauernden Hinterbliebenen.

Holthausen b. Castrop, Buer i. W., Selm und Herne, den 2. November 1918.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, morgens 9 Uhr, vom Sterbehause, Holthausen, Mont-Cenisstr. 192a, aus statt. Gleich darauf das feierliche Seelenamt in der Kirche zu Holthausen.

Allen, denen aus Versehen keine besondere Nachricht zugehen sollte, diene dieses als solche. 6233

Bekanntmachung.

An Zahlung der fälligen Steuern und des Schulgeldes für das 3. Vierteljahr 1918 (Oktober—Dezember) wird hiermit erinnert.

Um die durch den Krieg auferlegten bedeutsamen Aufgaben erfüllen zu können, sind Staat und Gemeinde auf den pünktlichen Eingang dieser Abgaben angewiesen. Es ist daher in dieser Zeit eine ernste Pflicht aller Vaterlandsfreunde, ungesäumt Zahlung zu leisten.

Nach dem 15. November 1918 wird sofort mit der Beitreibung der Rückstände begonnen. Die Kasse ist dagegen noch geöffnet:
am 16. ds. Mts. von 8½—9½ vorm.
am 18. „ „ „ 8½—9½ „ und 3—4 nachm.
am 19. „ „ „ 8½—9½ „ „ 3—4 „

Alle Abgaben können ferner gezahlt werden:
a) durch die **städtische Sparkasse in Herne** im Ueberweisungsverkehr aus dem Einlage- oder Scheck-Guthaben. Anträge sind bei der Sparkasse sofort nach Zustellung des Steuerzettels zu stellen,
b) durch die **Essener Creditanstalt,** sofern die jedesmalige Zahlung mindestens 50 Mk. beträgt.
c) durch die **Dresdner Bank,** Zweigstelle Herne, sofern die jedesmalige Zahlung mindestens 50 Mk. beträgt,
d) durch Ueberweisung auf das **Reichsbank-Girokonto der Stadtkasse Herne,**
e) bei allen Postanstalten auf das **Postscheckkonto der Stadtkasse Herne No. 7965 Cöln.**

Bei der Einzahlung sind die Steuerzettel vorzulegen und die fälligen Beträge **genau abzuzählen.** Bei dem jetzigen Mangel an Nickel- und Kupfergeld müssen wenigstens diese Geldsorten bei der Einzahlung bereit gehalten werden.

Herne, den 1. November 1918.

Der Magistrat: Dr. Sporleder.

Bekanntmachung.

Die kürzlich stattgefundene Wohnungszählung hat ergeben, daß voraussichtlich nach dem Kriege in hiesiger Stadt mit einem Wohnungsmangel gerechnet werden muß.

Um nun schon jetzt den ungefähren Wohnungsbedarf zu ermitteln, werden sämtliche Familien bezw. Personen, die eine Wohnung benötigen, aufgefordert, sich in der Zeit von Montag, den 4. bis Freitag, den 8. November ds. Js., **in den Vormittagsstunden** in eine auf Zimmer 91 des Rathauses 2. Obergeschoß, offenliegende Liste eintragen zu lassen.

In Frage kommen in erster Linie Kriegsgetraute, die nach dem Kriege einen eigenen Hausstand gründen wollen. Auch Familien, die zur Zeit wegen Wohnungsmangel keine Wohnung beziehen konnten und gezwungen sind, bei Familienangehörigen pp. Unterkunft zu suchen, können sich eintragen lassen.

Um ein etwas klares Bild zu gewinnen, liegt es im Interesse jedes Einzelnen, daß sämtliche Beteiligte sich melden, wobei gleichzeitig bemerkt werden muß, daß eine Gewähr für die Zuweisung einer Wohnung naturgemäß nicht übernommen werden kann.

Herne, den 30. Oktober 1918.

Städtische Baupolizeiverwaltung. J. V. Lampe.

Nachruf.

Am 1. November 1918 starb nach kurzer Krankheit mein

Installationslehrling

Heinz Lütgendorf

im Alter von 17 Jahren.

Ich verliere in dem Verstorbenen einen stets pflichtgetreuen Lehrling und werde sein Andenken in Ehren halten.

Herne, den 2. November 1918. 6248

Technisches Installationsgeschäft H. Gossler.

Bekanntmachung.

Wir machen darauf aufmerksam, daß bei Stellungen der Hausschlachtungsanträge erforderlich ist folgende Unterlagen vorzulegen:
a) Sämtliche Fleischkarten mit Kontrollabschnitten.
b) Die Bescheinigung über die Anmeldung des Schweines zur Hausschlachtung.
c) Die Brothülle.

Die Anträge werden Vormittags von 8–½1 Uhr auf Zimmer 49 des Rathauses angenommen. Für jede Hausschlachtung werden 3 Pfund Mehl zugeteilt.

Herne, den 1. November 1918.

Der Magistrat: J. A.: **Rosenthal.**

Schlafzimmer und Küchen
sowie sämtliche Einzelmöbel und Kleinmöbel kaufen Sie sehr vorteilhaft bei 4781
Heinr. Heiland,
Bahnhofstraße 3a.

Trauerbriefe, Totenzettel, Danksagungskarten
schnell u. preiswert Buchdruckerei Ingmanns & Koethers.